

## **„Europa allein wird den Klimawandel nicht aufhalten können“**

Welt, 18.09.2020, Philipp Vetter, Karsten Seibel

Der Staat hilft den Unternehmen mit Hunderten Milliarden Euro. Das muss nicht falsch sein, sagt der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld. Er warnt aber davor, die Krise könnte genutzt werden, Maßnahmen durchzusetzen, die nichts mit ihr zu tun haben.

Die Pandemie hat zu einem massiven Wirtschaftseinbruch geführt, der Staat stützt die Wirtschaft mit Hunderten Milliarden Euro und wird wie bei der Lufthansa selbst zum Unternehmer. Lars Feld ist als Chef des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands oberster Wirtschaftsweiser. Was bedeuten die staatlichen Hilfen für seinen ordnungspolitischen Blutdruck, wer muss am Ende die Rechnung begleichen, und was wird eigentlich aus der Eigenverantwortung der Menschen in der Viruskrise?

WELT: Herr Feld, fast täglich gibt es Meldungen über Stellenstreichungen bei Continental, Schaeffler, Airbus und anderen. Wie schlimm wird diese Krise auf dem Arbeitsmarkt?

Lars Feld: Ich sehe derzeit keinen Grund, unsere Prognose vom Juni zu verändern, wir gehen weiter von einem Minus von 6,5 Prozent aus. Das bedeutet auch, dass wir mit mehr Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Aber ich erwarte keine Massenarbeitslosigkeit.

WELT: Ist es ein schlechtes Zeichen, dass man trotz der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes jetzt Stellenstreichungen sieht?

Feld: Viele Unternehmen, die jetzt Stellenstreichungen ankündigen, hatten schon vor der Corona-Krise Probleme. Das Kurzarbeitergeld als kurzfristiges Stützungsinstrument war richtig, die Verlängerung auf 24 Monate bis Ende nächsten Jahres ist meines Erachtens zu lang. Die Reinigungskräfte des Marktes werden zu stark zurückgedrängt. Es bringt nichts, Arbeit und Kapital in Unternehmen zu binden, die kein tragfähiges Geschäftsmodell mehr haben. Ich verstehe, dass die Parteien verhindern wollen, dass es kurz vor der Bundestagswahl zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen kommt. Das ist für mich aber keine ökonomische Kategorie.

WELT: Diese Haltung brachte Ihnen Kritik anderer Wirtschaftswissenschaftler ein, die Sie als dogmatisch bezeichneten.

Feld: Wenn ich Dogmatiker wäre, würde ich beispielsweise eine möglichst geringe Staatsquote fordern. Das tue ich nicht. Ich bin kein Dogmatiker, ich entscheide von Fall zu Fall. Ich habe mich auch positiv zur Staatsbeteiligung bei der Lufthansa geäußert. Da hätte ich auch sagen können, das ist ordnungspolitisches Teufelszeug.

WELT: Wo ist für Sie die Schmerzgrenze?

Feld: Mein ordnungspolitischer Blutdruck steigt bei jedem staatlichen Eingriff, wenn dadurch Verzerrungen auftreten können. Staatliche Maßnahmen sollten möglichst allgemein ausgerichtet sein. Deswegen bin ich beispielsweise ein großer Anhänger eines längeren steuerlichen Verlustrücktrags. Unternehmen können Verluste in diesem Jahr nur mit Gewinnen aus dem Vorjahr verrechnen – die vergangenen drei Jahre wären besser.

WELT: Es gibt Forderungen nach einer Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung. Was halten Sie davon?

Feld: Ich lehne eine Verlängerung ab. Das würde den beabsichtigten Konjunkturreffekt konterkarieren. Die Konsumbesteuerung ist zudem ein wichtiges Standbein für die Finanzierung des Staates. Wenn man die Mehrwertsteuer senkt, wird später der Druck steigen, bei der Einkommensteuer höhere Sätze zu beschließen. Das wäre schädlicher.

WELT: Viele Unternehmen rufen in der Krise nach staatlicher Unterstützung, das Argument der Eigenverantwortung hört man selten. Bleibt der Liberalismus auf der Strecke?

Feld: Wenn sich plötzlich Subventionstöpfe auftun, müssen Vorstände doch zugreifen. Ich erwarte nicht, dass sich Unternehmen in solchen Situationen als ordnungspolitisch reine Seelen erweisen. Es ist Aufgabe der Politik und der Wissenschaft, auf Verzerrungen hinzuweisen und sie gering zu halten.

WELT: Erfüllt die Politik diese Aufgabe?

Feld: Bei aller Kritik an einzelnen Maßnahmen hat die Politik bislang ganz vernünftig reagiert. Man darf auch keinen Nirwana-Ansatz verfolgen und muss realistische Alternativen abwägen. Schlimmer wäre gewesen, wenn die Regierung dem Druck nachgegeben und etwa die Altschulden der Kommunen übernommen oder die Abwrackprämie beschlossen hätte, die ja immer noch herumgeistert.

WELT: Die Sorge einiger, dass Deutschland in eine Staatswirtschaft hineinschlittert, teilen Sie nicht?

Feld: Natürlich habe ich die Sorge, dass die Corona-Krise genutzt wird, um Maßnahmen durchzusetzen, die nichts mit der Krise zu tun haben. Der nahende Bundestagswahlkampf erhöht diese Versuchung noch. Ich bin skeptisch, ob man in dieser Situation mit dem Slogan „Eigenverantwortung“ politisch viel gewinnen kann. Sie ist trotzdem ein zentrales Element unseres Wirtschaftssystems. Wir können nicht erwarten, dass der Staat uns aus allen Wechselfällen des Lebens heraushilft.

WELT: Was schlagen Sie vor?

Feld: Man muss den Menschen sagen: Wir bieten euch Hilfe an, aber vergesst nicht, ihr seid eigenverantwortlich. Wenn es darum geht, einen zweiten Lockdown zu verhindern, muss man an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren. Sich in Partyräumen zu ballen und auf diese Art zu Superspreadern zu werden, ist eben unverantwortlich.

WELT: Wie verändert die Pandemie die deutsche Wirtschaft langfristig?

Feld: Viele Entwicklungen, die wir gerade beobachten, haben eigentlich nichts mit der Pandemie zu tun, Corona beschleunigt sie aber. Offensichtlich ist dies bei der Digitalisierung. Die Klimakrise, die Globalisierung und die Alterung der Gesellschaft sind andere Megathemen.

WELT: Sie wollen stets den Markt entscheiden lassen, doch gerade beim Klimaschutz erwies er sich bislang als träge.

Feld: Das Klimaproblem entsteht gerade dadurch, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht bepreist sind. Ich will einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis für die gesamte Wirtschaft, dann hätten jene, die am leichtesten CO<sub>2</sub> reduzieren können, einen Anreiz, dies effizient zu machen. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist ein höchst marktwirtschaftliches Instrument, das weltweit eingeführt werden muss. Europa allein wird den Klimawandel nicht aufhalten können.

WELT: Die Wirtschaft wird in der Krise mit Milliardenprogrammen unterstützt. Wer soll das alles am Ende bezahlen?

Feld: Das Wichtigste ist, dass wir die Schuldenquote, also das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftsleistung, nach der Krise wieder zurückführen.

WELT: Sie sind optimistisch, dass das klappt?

Feld: Es kann gelingen, wird aber nicht einfach. Wir haben seit der Finanzkrise von stetig sinkenden Zinsausgaben profitiert. Dieser Spielraum ist jetzt reduziert. Ohne eine strikte Ausgabenkontrolle wird es deshalb nach der Krise nicht gehen.

WELT: Wo wollen Sie ansetzen?

Feld: Allein der demografische Wandel wird die Sozialkassen und damit die Steuerkassen in den kommenden Jahren stark belasten. Wir müssen endlich das gesetzliche Rentenalter in den Blick nehmen, die Ausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung müssen weniger stark steigen. Der Sachverständigenrat plädiert seit Jahren für eine direkte Kopplung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung.

WELT: Eine Alternative wäre, Steuern zu erhöhen.

Feld: Steuererhöhungen wären Gift für die Wirtschaft.

WELT: Ein höherer Spitzensteuersatz auf Einkommen wird bereits diskutiert.

Feld: Davon würden Personengesellschaften stark getroffen, also jene Unternehmen, die für besonders viele Arbeitsplätze in Deutschland sorgen. In den kommenden Jahren wird es bei den Steuern viel zu entscheiden geben, und da spreche ich von einer realistischen Steuerpolitik, nicht von einer Vermögensteuer.

WELT: Sie könnte bei einem linken Bündnis nach der Bundestagswahl aber Realität werden.

Feld: Mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer kann der Bund nichts gewinnen. Das Aufkommen steht den Ländern zu. Eine solche Steuer lässt sich zudem kaum verfassungskonform umsetzen. Grundsätzlich muss man dafür schon starke verteilungspolitische Präferenzen haben. Derzeit sehe ich dafür keine Mehrheit in Deutschland.

WELT: Neben Ausgaben senken oder Steuern erhöhen könnte der Staat auch dauerhaft mehr Schulden machen.

Feld: Meine Sorge ist in der Tat, dass die Politik die Pandemie zum Anlass nimmt, um die Schuldenbremse zu beseitigen. Das wäre aus meiner Sicht völlig falsch. Wenn man die Schuldenbremse wegnimmt, signalisiert man den Finanzmärkten: Wir haben die Demografie in unserem Land nicht im Griff. Das würde das Schuldenmachen verteuern.

WELT: Trotzdem sind auch Sie dafür, dass 2021 die Schuldenbremse noch einmal ausgesetzt wird.

Feld: Ja, die Unsicherheit, wie es mit der Pandemie weitergeht, ist noch zu groß. Es wäre unsinnig, für 2021 schon wieder auf Konsolidierung zu drängen. Nach der nächsten Bundestagswahl ist der richtige Zeitpunkt für einen Kassensturz. Dann wissen wir, wie teuer die Krisenbewältigung war, welche Maßnahmen zur Unterstützung der Konjunktur noch notwendig sind. Im Jahr 2022 müssen wir dann zur Schuldenbremse zurückkehren.

WELT: Fehlen Ihnen in der Politik derzeit wirtschaftsfreundliche Stimmen?

Feld: Es gibt immer wieder deutliche Stimmen, die für eine vernünftige Wirtschaftspolitik werben. Das Problem ist, dass diese bei vielen Entscheidungen nicht zum Tragen kommen.

### Zur Person

Lars Feld ist seit März Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dem Beratergremium, das besser bekannt als Rat der Wirtschaftsweisen ist, gehört der 54-Jährige bereits seit 2011 an. Zudem leitet der gebürtige Saarländer den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist Direktor des dortigen Walter-Eucken-Instituts.